



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 30. September 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1141
(0431) 5300 1146
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 72. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 28. September 2011,
Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht von Vertretern der Landesregierung und des Statistikamtes Nord im Zusammenhang mit einem **Artikel des „Ostholsteiner Anzeigers“ vom 8. September 2011 „Interviewer warten auf ihr Geld“**, entgegen, [Umdruck 17/2783](#). Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Nach einer kurzen Beratung empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes über die Hoheitszeichen des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1664](#), unverändert anzunehmen.

Er schloss seine Beratungen zu den Vorlagen zum Thema **Bundesratsinitiative für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung**, ab. Die Fraktionen von CDU und FDP legten einen Änderungsantrag, [Umdruck 17/2811](#), zu ihrem Antrag in der [Drucksache 17/1746](#), vor. Die Fraktion der SPD nahm eine Änderung ihres Antrags in der [Drucksache 17/1748](#) vor dem Hintergrund der Vorlage des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration, [Umdruck 17/2800](#), vor.

- In der Schlussabstimmung über die vorliegenden Anträge empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Stimme der Fraktion DIE LINKE dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1700](#) (neu).
- Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1746](#), wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW dem Landtag in der geänderten Fassung zur Annahme empfohlen.

- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Stimme der Fraktion DIE LINKE empfahl der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des geänderten Antrags der Fraktion der SPD in der [Drucksache 17/1748](#).
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1750](#), abzulehnen.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Beratungen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, **Neuregulierung des Glücksspiels: Für ein schleswig-holsteinisches Spielhallengesetz und eine Verschärfung der Spielverordnung**, [Drucksache 17/1591](#) (neu), und zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, **Eckpunkte für ein Spielhallengesetz**, [Drucksache 17/1807](#) (neu), zurückzustellen, bis der Gesetzentwurf der Landesregierung hierzu dem Ausschuss vorliegt.

Die Fraktionen wurden gebeten, sich über das weitere Verfahren zur Beratung des Antrags der Fraktion der SPD, **Programm „Soziale Stadt“ erhalten**, [Drucksache 17/1366](#), und zu den Berichten der Landesregierung zur **Jugendkriminalität** und zur **Sicherheit**, [Drucksachen 17/665](#), [17/1614](#) und 17/783, zu verständigen.

Mehrheitlich lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, zum Bericht der Landesregierung, **Neue Wege - neue Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf**, [Drucksache 17/1695](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Anschließend empfahl der Ausschuss dem Landtag vorbehaltlich der noch ausstehenden Voten der beteiligten Ausschüsse, den Bericht der Landesregierung in der [Drucksache 17/1695](#) zur Kenntnis zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder nahmen den **Verfassungsschutzbericht 2010** der Landesregierung, [Drucksache 17/1494](#), abschließend zur Kenntnis.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Kostenübernahme für Gebärdendolmetschung/Landesbeihilfeverordnung**, [Drucksache 17/1767](#), schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses an.

In Erweiterung der Tagesordnung befasste sich der Ausschuss außerdem mit dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Aktenvorlage** gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung, [Umdruck 17/2683](#). Der Antrag auf Vorlage der Akten zu den beihilferechtlichen Beschwerden der EU-Kommission betr. Beihilfen zugunsten des **Flughafens Lübeck** fand auch im Innen- und Rechtsausschuss das erforderliche Quorum.

Der Ausschuss kam überein, in der Mittagspause der Landtagssitzung, am Donnerstag, dem 6. Oktober 2011, 14 Uhr, eine zusätzliche Sitzung durchzuführen und den Innenminister und den Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration zu bitten, in dieser Sitzung über das **Verschwinden eines Asservats** im Zusammenhang mit dem Todesfall Barschel zu berichten.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Für eine humanitäre Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik**
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
[Drucksache 17/1191](#) (neu), A. und B.
- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/1267](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/522](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landespressegesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/1756](#)

Schluss: 17:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder